



KAMPAGNESTART
Das muss drin sein - Leben
ohne Zumutungen S. 4



UKRAINEKONFLIKT
Ein Jahr nach dem Maidan:
Was hat's gebracht? S. 6



ERWEITERTE KOSTEN?
Fraktion kritisiert Ausga-
benpolitik der Landrätin S.3

der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg



5. Jahrgang / Ausgabe 25 - Nr. 2 / 2015

www.die-linke-nwm.de



Unsere Landtagsabgeordnete Simone Oldenburg ließ es sich am den 8. März nicht nehmen, zu der auf der Hanseschau stattfindenden Ehrenamtsmesse persönlich bei einem Rundgang allen Frauen ihre Glückwünsche und Dank für das persönliche Engagement auszusprechen. Die meisten Frauen waren überrascht, freuten sich über die kleine Aufmerksamkeit und waren mit uns der Auffassung, dass noch viel zu tun bleibt, um die Gleichberechtigung der Frau im Alltag durchzusetzen.

dauerte lediglich 15 Minuten, die ich dafür nutzte, der SPD-Fraktion gehörig den Kopf zu waschen. Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, von der der Vorsitzende der SPD-Fraktion noch gesprochen hat, kann keinesfalls ausgegangen werden. Besonders nach meiner Aussage: „Ich kenne niemanden im Kreisverband DIE LINKE Nordwestmecklenburg, die Ihnen Herr Glaner noch irgendein Wort glauben!“ kam scharfe Kritik von zwei SPD-Genossen. Sie hätten sich nichts vorzuwerfen und seien ehrlich und fair mit uns umgegangen. Das schlimme daran ist, das meinen sie auch ernst. Für mich ist die Zusammenarbeit mit der SPD beendet und mir war es wichtig, das ich stellvertretend für den Kreisvorstand, dem Kreisverband und unseren Mitgliedern und Sympathisanten gegenüber der SPD deutlich mache, das wir nicht der Steigbügelhalter der SPD sind. Mit gehobenen Haupt bin ich in die Sitzung gegangen und mit gehobenen Haupt habe ich diese auch wieder verlassen. Vertrauen muss man erarbeiten und die SPD fängt da bei Null an!

Versprochen! Gebrochen! Erinnerungen!

Ich erinnere an den 13.11.2008, Birgit Hesse wurde als Landrätin in einer Stichwahl gegen den damaligen CDU-Bewerber Ulrich Born mit Unterstützung durch DIE LINKE gewählt. Am 29.08.2008 wurde Kerstin Weiss mit einem knappen Ergebnis zur 2. Beigeordneten mit Unterstützung durch DIE LINKE gewählt. Am 15.06.2014 wurde Kerstin Weiss als Landrätin in einer Stichwahl gegen den CDU-Bewerber Gerhard Rappen mit Unterstützung durch DIE LINKE gewählt. Am 06.11.2014 ist Karla Pelzer (SPD) mit den Stimmen der CDU und SPD-Fraktion im Kreistag Nordwestmecklenburg zur 2. Beigeordneten gewählt worden. Halt! Hier stimmt etwas nicht! Die Fraktionen der SPD und der CDU handelten nach der Stichwahl eine Vereinbarung aus die regelt, das die CDU die Kandidatin der SPD zur Wahl der 2. Beigeordneten unterstützt und die SPD den Kandidaten der CDU zur Wahl des 1. Beigeordneten. Unseren Kandidaten lehnte die SPD mit der Begründung der fehlenden Eignung ab. Nun denken viele: Wer hat uns verraten? Natürlich: Die Sozialde-

mokraten! Dieser Spruch aus der Arbeiterbewegung 1918/1919 soll leider auch heute noch seine Gültigkeit behalten. Gerade wegen der vielen inhaltlichen Schnittmengen in der Programmatik beider Kreisverbände und inspiriert durch die erste rot-rote Landesregierung in Schwerin gab es seit 2008 eine intensive inhaltliche Zusammenarbeit mit der SPD in Nordwestmecklenburg. Gerade wegen dieser Gemeinsamkeiten gab es mit der SPD zwei persönliche Treffen im Vorfeld der Stichwahl Weiss/Rappen. In diesen Gesprächen ging es um Inhalte und natürlich um einen möglichen Bewerber der DIE LINKEN für den 2. Beigeordneten. Wir waren überzeugt, dieses Mal klappt es mit einem linken 2. Beigeordneten. Nach der Wahl des Kreistages und der Landrätin sollte aber alles anders kommen. In den darauf folgenden Wochen wurden nach den Kommunalwahlen in den Gemeinden die Gremien und Ausschüsse gebildet. In Grevesmühlen sorgte die SPD gemeinsam mit der CDU dafür, dass unsere gewählten Kommunalvertreter bei der Besetzung der Ausschüsse bzw. der Ausschussvorsitzenden ausge-

grenzt wurden. In Dorf Mecklenburg sorgte wenige Tage vor der Bürgermeisterwahl ein SPD-Abgeordneter dafür, dass unserem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters und amtierenden Bürgermeisters in Dorf Mecklenburg in der OZ Vorwürfe aufgrund eines neuen Büros sowie eines neu angeschafften Tisches mit 10 Stühlen gemacht wurden. Behauptungen, die sich wenige Tage später als haltlos erwiesen. Mit 86 % der Stimmen wurde unser Kandidat Torsten Tribukeit für das Amt des Bürgermeisters in der Gemeinde Dorf Mecklenburg gewählt. Damit gibt es neben Eckhardt Stelbrink in der Gemeinde Zurow, Heidrun Teichmann in der Gemeinde Neuburg und Joachim Wölm in der Gemeinde Bad Kleinen erstmals vier linke Bürgermeister im Landkreis Nordwestmecklenburg.

Am 11.03.2015 besuchte ich gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Nordwestmecklenburg die SPD-Fraktion. Der Termin kam aufgrund einer Bitte von mir, die ich übrigens an mehrere Funktionsträger in der SPD mehrmals äußern musste, zustande. Mein Auftritt

In den kommenden Wochen, Monaten und Jahren müssen wir unser eigenes Profil erheblich schärfen. Wir müssen unsere Inhalte deutlicher und bürgernah an die Menschen vor Ort bringen. Die politische Auseinandersetzung mit den anderen demokratischen Parteien muss über Inhalte erfolgen. Gerade die SPD müssen wir hier vor uns hertreiben. In den Ausschüssen, Kreistag, in den Gemeinden und Ämtern müssen wir flächendeckend linke Politik klarer darstellen. Daher wird es darauf ankommen, dass sich die linken Kommunalvertreter in den Gemeinden, Ämtern und im Landkreis besser vernetzen und ein regelmäßiger Austausch stattfindet. Für den neuen Kreisvorstand eine große Herausforderung!

Roy Rietentidt,
Kreisvorsitzender DIE LINKE
Nordwestmecklenburg

Ein Licht in der Finsternis

Selten dringen Nachrichten von jenseits des Ozeans zu uns, über die mensch sich vorbehaltlos freuen kann.

Ich konnte das kürzlich, als ich via Internet auf das in New York erscheinende Magazin „Jacobin“ gestoßen bin. Schon 2010 von einem damals 21-jährigen gegründet, hat sich die Zeitschrift nicht weniger als den Aufbau einer sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten zum Ziel gesetzt.



Sie erscheint vierteljährlich und hat es inzwischen zu mehr als zehntausend Subskribenten sowie über 600.000 Internetzugriffe gebracht – eine angesichts des Zeitungsterbens beeindruckende Bilanz; online werden täglich mindestens zwei neue Artikel veröffentlicht. Das frische Design des Magazins ist bestechend, die Texte sind marxistisch bis linksradikal geprägt. Für jemanden wie mich mit über mehr als sechzig Jahre eingestaubtem Schulenglisch ist die Lektüre nicht ganz einfach; aber wer ohnehin sein English auffrischen möchte, kann das unter <https://www.jacobinmag.com/> an einem Freude bereitendem Objekt tun; - Good Luck Jacobin!

L. Tannhäuser

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.05.2015



Willkommen in der Realität

Neun Monate sind nach der Kommunalwahl vergangen. Meiner Ansicht nach ein guter Zeitpunkt, um zumindest schon mal einen Blick auf die doch so oft zitierten Wahlversprechen zu werfen. Straßenlampen und Bäume gehören täglich auf meinen Zettel und haben eine solche Dynamik, dass eigentlich kein Ende in Sicht ist.

Wir alle wollen, dass sich junge Menschen in unserer Gemeinde ansiedeln. Die Kindertagesstätte wurde ausgebaut, super. Auf unsere Anfrage nach möglichen Bauplätzen nur negative Antworten. Passt das zusammen, meiner Ansicht nach nicht. Vielleicht fehlt mir noch das Verständnis für unsere Bürokratie, welche uns immer wieder zurück wirft.



Unsere Jugend nach ihren Interessen zu befragen ist auch nicht so einfach. Zu meiner Zeit waren wir alle in einer Bushaltestelle, heute ist dort niemand, die virtuelle Welt hält sie gefangen. In Krassow werden wir jetzt im Frühjahr eine

überdachte Sitzgelegenheit aufstellen, als Modellprojekt natürlich, denn unsere Gemeinde ist groß und der Topf ist klein. In unserer Turnhalle haben sich zwei Vereine angesiedelt und beleben die kulturelle Welt. Wie in jedem Jahr feiern wir mit unseren Senioren Ende März ein Frühlingsfest. Im Sommer dann das Gemeindefest als Highlight mit buntem Programm und dem unermüdlichen Einsatz vieler, vieler Helfer. Neu in diesem Jahr war, dass der Kulturausschuss die fleißigen Einwohner zu einem Essen einlud und auch mal auf diesem Wege danke sagte.

Aber alles braucht seine Zeit, ich bleibe dran. Versprochen.

Von Eckhardt Stelbrink

Großes Interesse zum Thema „AfD und Pegida“

Am 16. Februar führte das kommunalpolitische Forum Nordwestmecklenburg in Zusammenarbeit mit Simone Oldenburg, MdL eine Bildungsveranstaltung mit dem Thema „AfD und Pegida-demokratische Bewegung oder eine Gefahr für die Demokratie“ in der Grevesmühlener Malzfabrik durch.

In seinem verständlichen Referat führte uns Jan Müller von der Universität Rostock durch die Entstehungsgeschichte, die Strategien und Strukturen von AfD und Pegida. Uns Gästen wurden interessante Ansichten eröffnet, beispielsweise sei die Pegida-Bewegung sozusagen ein Kind der misslungenen Asylpolitik der jetzigen Bundesregierung.

Interessant ist auch der Punkt, dass Pegida eine größtenteils männerdominierte Gruppe ist, ohne Vertrauen in Institutionen, mit einer Zuneigung zur AfD mit teilweisen rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen.



Die AfD ist von der Struktur eine Partei, welche ihre Inhalte rechts neben der CDU sucht. Pegida und

ihre Ableger sind sehr heterogen, genau wie die Teilnehmer an den Demonstrationen. Ihre Entstehung zeugt von einer starken Unzufriedenheit mit der „politischen Klasse“ berichtet Jan Müller.

In der nachfolgenden Diskussionsrunde bewiesen die Gäste großes Interesse an dieser Thematik. Es wurde angeregt, auch zu dem Geschehen in der Ukraine eine ähnliche Veranstaltung zu planen.

Von Eckhardt Stelbrink, kommunalpolitisches forum M-V



Torsten Tribukeit neuer Bürgermeister von Dorf Mecklenburg

Die Einwohnerinnen und Einwohner von Dorf Mecklenburg waren heute aufgerufen, eine neue Gemeindeoberhaupt zu wählen. 86% der Wähler stimmten dabei für den Kandidaten der LINKEN, Torsten Tribukeit, der sich als einziger der Wahl stellte. Wir gratulieren

Torsten Tribukeit recht herzlich zur Wahl und wünschen ihm immer ein glückliches Händchen bei der neuen verantwortungsvollen Aufgabe!



Erweiterte Kosten für den Erweiterungsbau?



Von Björn Griese,
Fraktionsvorsitzender

Hin und wieder muss man sich in der ehrenamtlichen Kreistagsarbeit fragen, ob man einen Sachverhalt übersehen, nicht mitbekommen, nicht verstanden oder schlicht vergessen hat.

Manchmal ist es aber auch so, dass die Verwaltungsspitze meint, das Gros der Kreistagsmitglieder sei grundsätzlich chronisch vergesslich. Anders ist es kaum zu erklären, dass der Fachdienstleiter vor Kurzem im Bauausschuss und später im Umweltausschuss behauptete, als es um den Parkplatz zum Erweiterungsbau der Kreisverwaltung in Wismar in der Rostocker Straße ging, dass dieser von Anfang an als gepflasterte (versiegelte) Variante geplant war. Obwohl seine Chefin, die Landrätin, noch im November letzten Jahres freudig ihren Sparvorschlag zum Erweiterungsbau verkündete.

Von 9 Mio. € geplanten Kosten ließe sich eine halbe Mio. € sparen, indem der Parkplatz nicht versiegelt werde, also lediglich Schotter aufgeschüttet wird. Irgendetwas musste sie damals wohl machen, um die Gemüter der Kreistagsabgeordneten zu beruhigen. Waren aus den einstmals rund fünf Mio. € doch erst acht und später gar neun Mio. € geworden. Für das Gesamtprojekt brauchte sie die Zustimmung des Kreistages. DIE LINKE verweigerte diese Zustimmung, da wir möglicherweise günstigere Alternativen nicht genug berücksichtigt sahen. CSU und SPD segneten das Projekt jedoch trotz Bauchschmerzen ab. Nachdem nun ein paar Monate vergangen sind, offenbarte der Fachdienstleiter im Ausschuss die Pläne zur Versiegelung – man komme gar nicht umhin, da der Parkplatz im Trinkwassereinzugsgebiet liegt – das war von vornherein klar ...

Aber scheinbar sind die Kreistagsmitglieder doch nicht so vergesslich. Im Ausschuss waren auch die CDU- und SPD-Vertreter ziemlich empört. Doch die Verwaltungsspitze hat schon eine Lösung, um die Kosten dennoch (zumindest vorerst) „klein“ zu halten. Der Parkplatz soll nun deutlich kleiner ausfallen. Für über 180 Mitarbeiter gibt's nur 86 Parkplätze! Und Bürger, welche zur Kreisverwaltung wollen, sind scheinbar so unbequem, dass für deren Autos gar kein Platz mehr bleibt. Ursprünglich war von 200 Parkplätzen die Rede. Man wollte sogar Vermietungen von Stellplätzen z.B. an die nahe gelegene Polizei prüfen. Aber das kann man nun sicher vergessen! Oder man macht es wie sonst so oft bei öffentlichen Aufträgen. Später wird dann erweitert – baulich und bei den Kosten.

Nach unserer Kritik auch in der Zeitung haben wir nun auch noch mehrere Fragen an die Landrätin bezüglich dieser Thematik gerichtet. Wenn es beim eigentlichen Erweiterungsbau genauso läuft, dann reden wir über ganz andere „Erweiterte Kosten“.

Aber wir werden den Fortgang weiter kritisch betrachten, denn hier geht es letztendlich um Steuergeldverschwendung und auch um die drohende Erhöhung der Kreisumlage oder Einsparungen im sozialen Bereich. All das wollen wir nicht!

Vorgestellt



Hallo

Ich bin Mario Menzzer, als neuer Kreisgeschäftsführer im Kreisverband Nordwestmecklenburg möchte ich mich Euch kurz vorstellen. Ich bin 34 Jahre jung und wurde in Stralsund im Jahr 1980 geboren. Ich lebe in einer Lebensgemeinschaft mit meiner Freundin und meiner Tochter zusammen in Rostock.

Ich bin in Rostock aufgewachsen und zur Schule gegangen. Nach meiner Schulzeit absolvierte ich 4 Jahre bei der Marine. Im Anschluss erlernte ich den Beruf des Sport- und Fitnesskaufmanns und arbeitete dort in einer großen Freizeitanlage, vorwiegend in der Verwaltung.

Als Mitglied der Partei DIE LINKE NWM, freue ich mich umso mehr auf die Aufgaben des Kreisgeschäftsführers.

Insbesondere freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand, den Basisorganisationen und den Bürgern im Kreisverband Nordwestmecklenburg.

Für Eure Fragen und Anmerkungen erreicht Ihr mich in der Geschäftsstelle in Wismar am Dienstag und Mittwoch von 10-18 Uhr unter der Telefonnummer: (03841) 282555 oder Handy 0162 1348265.

Noch geheim



Bürgerforum in Gadebusch mit Dietmar Bartsch

Von Thomas Koniczny

Der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Dietmar Bartsch, stellte sich am 12. Februar den Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner im Gadebuscher Rathaus. Zuerst gab er einen kurzen Überblick über die aktuelle Innen- und Außenpolitik. Er ging auf den Ukraine-Konflikt ein und zollte der Bundeskanzlerin Respekt für Ihre Vermittlerrolle. Sie hat deeskaliert und nicht den Forderungen der Vereinigten Staaten nach Waffenlieferungen, die den Konflikt eher angeheizt hätten, nachgegeben.



Weitere Themen war die Einführung des Mindestlohns, die Errichtung von Windparks und die Gerichtsstrukturreform. Für die Er-

richtung der Windparks plädierte er für Augenmaß, es komme nicht drauf an das Land zu verspargeln. Gemeinden und betroffene Bürger müssen in den Planungen mit einbezogen werden. Und bei der Gerichtsstrukturreform verwies er auf die über 150.000 gesammelten Unterschriften, diese dürften nicht ignoriert werden. Der Bürgerwille muss Gehör finden bei der Landesregierung, ein Aussetzen der Reform bis die gesammelten Unterschriften geprüft wurden, wäre dringend geboten. Fakten schaffen, Standorte schließen bzw. zu Nebenstellen degradieren befördern Politikverdrossenheit.

5 Forderungen sind:



■ **Befristung und Leiharbeit stoppen!**

■ **Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!**

■ **Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!**

■ **Wohnung und Energie bezahlbar machen!**

■ **Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!**

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

Zentrale Termine 2015

- Kampagnenstart mit PR-Kick-off am 28. April 2015 10 Uhr
- Erster Mai: Zentraler Aktionstag
- 6. und 7. Juni: Bundesparteitag in Bielefeld
- 8. bis 14. Juni: bundesweite Aktionswoche
- September: Aktion „Junge Beschäftigte“
- Dezember: „Weihnachtsaktion“

2016: Zwischenhöhepunkt mit einer Aktionskonferenz, Zuspitzung auf zentrale Forderungen und Übergang in die Bundestagswahlkampagne.

2017: Höhepunkt ist die Bundestagswahl

Das muss drin sein - Leben ohne Zumutungen

Von Uwe Boldt

Kampagne soll in der Woche vor dem 1. Mai beginnen – Vorbereitungen bundesweit.

Wie in der vorherigen Ausgabe, im Artikel zum Landesparteitag, bereits angeführt, bereitet auch unser Landesverband intensiv die bundesweite Kampagne „Das muss drin sein - Leben ohne Zumutungen“ vor.

Erste Maßnahmen sind für den Start am 1. Mai 2015 geplant. Eine Vielfalt an Aktionen ist in Vorbereitung des Bundes- und Landesparteitages sowie der Landtagswahlen 2016 (auch in MV) vorgesehen, um die Arbeitsschwerpunkte unserer Partei in möglichst vielfältiger Weise öffentlichkeitswirksam darzustellen. Mit dieser Kampagne soll erreicht werden, dass unsere Menschen im Vorfeld zu den Bundestagswahlen im Herbst 2017 besser über die Ziele der LINKEN informiert sind. Wir wollen in dieser langfristigen Aktion, die sich rasant verstärkende

Liebe Genossinnen und Genossene,

bald ist es soweit! Am 1. Mai wollen wir unsere neue Kampagne „Das muss drin sein.“ starten. Die Kampagne ist so angelegt, dass sie im Rahmen der Dachkampagne mit lokalen Forderungen verknüpft und konkretisiert werden kann und soll.

Damit ihr in euren Geschäftsstellen, Info-Stände u.a. die Kampagne bewerben und begleiten könnt, wollen wir euch einige Bausteine an die Hand geben. Diese könnt ihr von der Kreisgeschäftsstelle anfordern z.B.:

- die Kampagne im Überblick
- ein Interview mit Katja und Bernd
- einen Artikel zum 1. Mai
- Anzeigen, Logos und Signet

Weitere Hintergrundinformationen und Materialien findet ihr unter www.das-muss-drin-sein.de

Bei Fragen und Anregungen könnt ihr euch an julia.marg@die-linke.de wenden.

soziale Schieflage in unserem Land, in die öffentliche Diskussion holen und Ursachen sowie unsere alternativen Politikansätze deutlich machen. Die dramatischen Veränderungen der Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung seit der Umsetzung der Agenda 2010 durch die Bundesregierungen von SPD, Grüne und jetzt der großen Koalition, verlangen jetzt von uns eine noch gezieltere, einheitlich organisierte und langfristig angesetzte Gegenwehr. Unsere Gesellschaft steht vor enormen Herausforderungen in den kommenden Jahren, die nicht weiter zu Lasten großer benachteiligter Bevölkerungskreise ausgeglichen werden dürfen.

Folgende Themenkreise sollen u.a. behandelt werden:

- rasante Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse / Auswirkungen auf Beschäftigte und Wirtschaft
- vielfältige Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben

- Arbeitslosigkeit / Mindestsicherung / Hartz IV
- Wohnen und Energie darf nicht zum Luxusgut werden
- Kinderarmut - Schande für Deutschland

Eine Vielzahl von Zielgruppenspezifischen Veranstaltungen, Aktionen / Ständen, Publikationen und nicht zuletzt digitalen Aktivitäten im Internet sind vorzubereiten und weiterzuentwickeln.

Als größte Oppositionsfraktion in Bund und Land ist es Aufgabe der LINKEN die unhaltbaren Zustände zu thematisieren, Menschen zu mobilisieren und deutlich zu machen, dass die aktuelle konservative Politik in diesem Land nicht alternativlos ist. Gegenwärtig wird der Landeskampagneplan erarbeitet. Hier werden die o.g. Themenkreise mit konkreten Maßnahmen unteretzt und wir alle sind aufgefordert uns aktiv in dieser Kampagne einzubringen.

Landesbasiskonferenz in Grevesmühlen



Am 21. März 2015 fand in Grevesmühlen eine Landesbasiskonferenz statt, organisiert vom Landesvorstand und von der Landesarbeitsgemeinschaft Innerparteiliche Kommunikation. Grundanliegen solcher Konferenzen ist ein Meinungsaustausch, an dem jede Genossin und jeder Genosse sich einbringen kann, ohne irgendeine Delegation oder Anmeldung.

In Grevesmühlen beteiligten sich 51 Genossinnen und Genossen aus 8 Kreisverbänden. Es war ein bisschen bedauerlich, dass aus unserem Kreis, als Gastgeber, doch nur wenige die Gelegenheit nutzten. Denn immerhin kamen 15 Teilnehmer zu Wort, mit ihren unterschiedlichen und teils kontroversen Meinungen zur innerparteilichen

Demokratie, dem Verhältnis zur SPD, zu Fragen der politischen Bildung für bzw. in den Basisorganisationen und zur Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation. Wenn Heidrun Bluhm in ihrem Schlusswort herausstellte, dass die Diskussionen in einer kulturvollen Art erfolgte, wie es eigentlich Normalität sein sollte, kann ich dem nur zustimmen.

Besonders erfreulich für mich war die Teilnahme junger Leute, die sich auch in die Diskussion einbrachten. Beschlossen wurden eine Solidaritätserklärung mit Griechenland und eine Abschlusserklärung. Beide sollen Verbreitung in den Basisorganisationen finden.

Von Horst Neumann

Ostermarsch 2015 in Wismar



Zum traditionellen Wismarer Ostermarsch versammelten sich am Sonnabend, dem 4. März einige sechzig Friedensbewegte bei schönster Frühlingssonne auf dem Weidendamm.

Um 11 Uhr setzte sich der bunt zusammengewürfelte Zug hinter der von Michael Deppe getragenen Friedensfahne in Bewegung, gefolgt von einem Bannern gegen Rüstungsexporte und einem mit der Aufschrift „Kein Werben fürs

Sterben. Schulfrei für die Bundeswehr“. Die Marschroute führte durch sehr belebte Straßen am Hafen und in der Altstadt zum Markt; unterwegs schlossen sich uns spontan weitere Leute an, darunter eine Mutter mit ihrem im Rollstuhl sitzenden Kind.

Mit nun etwa siebzig Ostermarschierern erreichten wir den Markt, auf dem dank Markttag ebenfalls viele Menschen unterwegs waren. Dort erwarteten uns

Infostände der Friedensinitiative Bad Kleinen, des Stadtverbands der LINKEN und der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie eine Lautsprecheranlage, um die sich der Aufsehen erregende Zug gruppierte. Nacheinander sprachen Frau Silke Gajek, Landtagsabgeordnete der Grünen, Björn Griese, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN und Horst Neumann von der Friedensinitiative Bad Kleinen. Alle Drei wandten sich aus unterschiedlichen Positionen gegen deutsche Rüstungsexporte und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr; sie forderten die Bundesregierung auf, verstärkt auf eine friedliche Lösung des gefährlichen Ukraine Konflikts Einfluss zu nehmen.

Die Organisatoren bedanken sich bei allen Teilnehmern; angesichts der aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt hätten sie sich noch eine größerer Beteiligung gewünscht.

Von Lutz Tannhäuser

Angst – ein wichtiges Herrschaftsinstrument

Mit dem Konzept Liberalisierung hat die Industrie- und Finanzoligarchie in den letzten 30 Jahren den bisher größten Raubzug am gesellschaftlichen Eigentum realisiert und die Strukturen der Gesellschaft bereits in starkem Maße zerrütet.

Die Herrschenden wissen, dass es Widerstand und Aufruhr gibt, wenn man einen immer größeren Teil der Bevölkerung unter die Armutsgrenze drückt, um sich selbst einen immer größeren Anteil an den gesellschaftlich erarbeiteten Werten anzueignen.

„Divide et impera“ sagten schon die alten Römer. Teilen und herrschen waren und sind die bestens bewährten Machtmittel der herrschenden Minderheiten. Die Zugehörigkeit der Menschen zu unterschiedlichen Religionen oder ihren Gliederungen haben sich als genauso zweckmäßig erwiesen, wie ethnische Unterschiede. Medien, Politiker und Religionsführer erwiesen und erweisen sich als geeignete Akteure, um Gegensätze, Hass und vor allem Angst zu schüren, Angst vor Überfremdung, Identitätsverlust und sozialem Abstieg.

Die damit einhergehende Ethnisierung der sozialen Fragen hilft vom Klassenkonflikt abzulenken und die Wut auf noch Ärmere zu len-

ken. Gleichzeitig wird der Terrorismusbegriff in gefährlicher Weise mit Islamismus verbunden. Hauptursache der anwachsenden Bedrohungsängste ist aber eben nicht der Islam, sondern die Kriegspolitik von USA und NATO sowie die Rückkehr zum allgemeinen Banditentum in den internationalen Beziehungen.

In der Ukraine bedient sich die USA bereits offen faschistischer Kräfte zur Umsetzung ihrer Ziele.



Es waren faschistische Stoßtrupps, die im Februar das Parlament stürmten, den gewählten Präsidenten vertrieben und Abgeordnete bedrohten, im Mai in Odessa Menschen verbrannten und die nicht nur im Donezker und Lugansker Gebiet grauenhafte Morde und Zerstörungen zu verantworten haben.

Gleichzeitig geht es darum, durch eine faschistische Herrschaft die

soziale Schieflage des Landes zu verschleiern und Proteste in außenpolitische Aggressivität zu kanalisieren. Unterstützung erhalten sie dabei von den europäischen „Demokratien“.

Diese halten zunehmend auch selbst faschistische Parteien und Gruppierungen vor, um sie gegebenenfalls gegen wachsende Proteste einzusetzen, die man aufgrund der fortschreitenden Verarmung großer Bevölkerungsgruppen erwartet.

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit verbunden mit Deutschtümelei haben in unserem Land bereits die Mitte der Gesellschaft erreicht (so z.B. Sarrazin, Pegida, Schutz faschistischer Aufmärsche.) Der menschenfeindliche Umgang mit Sinti und Roma in fast allen EU-Ländern entspricht der gleichen Ideologie.

Umfassende Aufklärung tut not und ist die erste Voraussetzung, um Veränderungen zu erreichen. Das ist eine sehr schwere und langfristige Aufgabe für fortschrittliche Menschen, die um den Erhalt der Menschheit besorgt sind. Die Linke hätte hier ein weites Feld der Betätigung

Von Horst Neumann

Anliegen Abertausender zur Gerichtsreform tatsächlich ernst nehmen



Zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes zum Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform im Landtag erklärte der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter:

„Diese Debatte ist ein historisches Ereignis. Noch nie hat ein Volksbegehren in Mecklenburg-Vorpommern das erforderliche Quorum erfüllt. Noch nie war der Unmut der Bevölkerung über Regierungshandeln so groß.

Weit mehr als 120.000 Menschen haben dafür Sorge getragen, dass sich der Landtag erneut mit der Gerichtsstrukturreform befassen muss. Mit Blick auf diese Willensbezeugung von Abertausenden von Bürgerinnen und Bürgern haben die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen die Chance, ihre Meinung zu dieser unsäglichen Reform zu überdenken. Ich kann nur an jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten appellieren, sich ergebnisoffen und ohne Fraktionszwang diesem Volksbegehren zu stellen.

Leider ist in der Debatte deutlich geworden, dass die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen unbeirrt an ihrem Vorhaben festhalten werden. Dies ist kein gutes Signal für die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger, kein gutes Signal für die Demokratie.

Die Menschen wollen diese Gerichtsstrukturreform nicht. Sie sind es leid, dass sich der Staat immer weiter aus der Fläche zurückzieht. Die Initiatoren des Volksbegehrens haben Recht, wenn sie fordern, dass die Reform auf null gesetzt und ein konstruktiver Neuanfang gewagt werden muss. Die Justiz im Land muss zukunftsfähig gemacht und darf nicht verstümmelt werden.“

Ein Jahr nach dem Maidan: Was hat's gebracht?

von Kai Ehlers

22. Februar vor einem Jahr in Kiew: Ließen wir alle Polemiken beiseite; beschrieben wir nur, was an diesem Tag vor einem Jahr faktisch geschah, dann klänge das ungefähr so:

Nachdem der über Monate gewachsene Protest gegen eine korrupte Regierung und die Forderung nach Westöffnung des Landes im Rahmen des von der EU angebotenen Assoziierungsvertrages am 21. Februar in einem Massaker gipfelte, wurde der amtierende Präsident Viktor Janukowytsch am 22. Februar unter dem militärischen Druck des Maidan abgesetzt und gegen eine provisorische Regierung ausgetauscht. Bis heute ist nicht aufgeklärt, wer für das Massaker die Verantwortung trägt. Die neue Regierung wurde aus Mitgliedern der bisherigen parlamentarischen Opposition und Vertretern des Maidan gebildet. Die unter Vermittlung von Vertretern der Europäischen Union mit Janukowytsch zustande gekommene Vereinbarung über die Bildung einer vorübergehenden Koalition der Nationalen Einheit und vorgezogene Neuwahlen kam nicht zustande. Stattdessen übernahm eine provisorische Regierung die Macht. Sie exekutierte ihre neue Macht umgehend durch verschiedene Erlasse, unter anderem durch Aufhebung des unter Janukowytsch eingeführten Gesetzes zum Schutz sprachlicher Minderheiten. Die neue Regierung erklärte, Ukrainisch als einzige Sprache für das Land durchsetzen zu wollen.

Das Gesetz führte zu schockartigem Erschrecken bei der russischsprachigen Bevölkerung des Landes. Es wurde daraufhin zurückgezogen, hatte zu der Zeit aber seine Wirkung schon getan. Die Regionalbehörden der Krim erklärten ihre Absicht, auf der mehrheitlich russischsprachigen Halbinsel ein Referendum für deren Lösung von der Ukraine durchführen zu wollen. Begründung: Angst vor den aggressiven Absichten der Nationalisierung seitens der provisorischen Regierung. Der Ausgang des Krim-Referendums, in dem die Bevölkerung mit großer Mehrheit für die Abtrennung von der Ukraine stimmte, führte zur effek-

tiven Sezession und zum Eintritt der Krim in den Staatsverband der Russischen Föderation.

Das Beispiel der Krim animierte auch die Bevölkerung des Donbass zu Referenden für eine Autonomie ihrer Gebiete, die danach in Forderungen nach Sezession, zwischendurch nach denen der Bildung eines eigenen Staates „Noworossia“, nach Eingliederung in die Russische Föderation übergingen, und – als dies von Russland nicht aufgegriffen wurde – zur Bildung der beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk führten.



Die Kiewer Übergangsregierung, seit Mai die neu konstituierte Regierung der geteilten Ukraine unter Petro Poroschenko, akzeptierte weder die Sezession der Krim und deren Eingliederung in die Russische Föderation noch die Forderungen der Regionen des Donbass nach Autonomie innerhalb der Ukraine, und ebenso nicht die späteren Vorstellungen vollkommener Unabhängigkeit, sondern erklärte die Vertreter dieser Positionen zu Terroristen und ging gegen sie militärisch vor.

Bis heute verweigert der gegenwärtige Präsident der Kiewer Ukraine das direkte Gespräch mit den Vertretern dieser Volksrepubliken. Im Rahmen dieser gegenläufigen Positionen hat sich der ukrainische Bürgerkrieg entwickelt und in die – nicht zuletzt ideologischen und emotionalen – Unvereinbarkeiten und brutalen Aggressionen bis hin zu Pogromen gesteigert, in denen die Teile des Landes aufeinandergeprallt sind und sich bis heute gegenüberstehen.

Fragen wir nun, was hat's gebracht?

Eine Westöffnung des Landes wurde nicht erreicht – erreicht wurde eine Teilung des Landes in einen mit der EU assoziierten Westen auf der einen und einen mit Russland faktisch verbündeten Osten auf der anderen Seite, die miteinander in diesem erbitterten Bürgerkrieg verhakht sind.

Mitgliedschaften in der EU und in der NATO stehen zwar bei Poroschenko ideologisch auf der Tagesordnung, noch mehr bei den nationalistischen Kräften um den Ministerpräsidenten Arseni Jazen-

juk, haben aber keine reale Perspektive. Für die EU wird die Ukraine zum Klotz am Bein. Für die NATO kann ein Beitritt zum Casus Belli mit Russland werden. Nicht eine Anhebung des sozialen Standards auf das angestrebte Westniveau ist das Ergebnis der einjährigen Kämpfe, sondern die Senkung des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung. Hinzu kommt die unter dem Druck von EU und IWF betriebene Austeritätspolitik* – letztlich in beiden Teilen des Landes.

Der Wunsch nach Ersetzung der oligarchischen Willkürherrschaft durch eine transparente Mehrheitsdemokratie nach EU-Standards hat die vorher bestehenden Strukturen ins Extrem getrieben – die Oligarchen, die sich zuvor noch einer demokratischen Scheinstruktur bedient hatten, sind nun selbst unmittelbar in die Machtpositionen gerückt.

Das Land ist nicht nur in zwei Teile gespalten, innerhalb der

jeweiligen Seite bestimmen die Oligarchen heute willkürlicher als je zuvor das politische – und das militärische – Geschehen. Von Demokratie kann keine Rede sein, faktisch herrscht Kriegsrecht, auch wenn es offiziell nicht ausgerufen wurde.

Ungelöst bleiben grundsätzliche Fragen. Wie wollen die Menschen in der Ukraine in Zukunft leben? Mit Rückgriffen auf sowjetische Gesellschaftsmuster im Osten? Unter dem Modernisierungsdruck aus dem Westen? Oder getrennt voneinander in zwei auseinanderdriftenden Gesellschaftsformationen?

Wie soll die ukrainische Staatlichkeit aussehen? Was soll zukünftig ukrainische Identität sein? Ein nationalistischer Einheitsstaat, der seine Bürger mit Terror unter eine ukrainische Identität zwingt? Ein demokratisches Staatswesen, das seine Pluralität durch autonome und föderale Strukturen leben lässt?

Statt sich als souveräner Staat gefestigt zu haben, ist die Ukraine zum Feld eines Stellvertreterkriegs zwischen dem Westen, speziell den USA, und Russland geworden. Hart steht die Frage, wie die Ukraine – so oder so organisiert – zwischen Eurasischer Union und Europäischer Union, zwischen Ost und West leben kann, ohne in einem Entweder-Oder zerrissen zu werden?

All diese Frage sind selbstverständlich nicht allein von der Ukraine zu beantworten, sondern nur im Verbund mit den globalen Kräften. Ohne einen Übergang von der gegenwärtigen US-dominierten Hegemonialordnung zur Anerkennung der schon entstandenen kooperativen, multipolaren Weltordnung wird die Ukraine keine Ruhe finden können.

***Austeritätspolitik:** Der Begriff wird heute vor allem in ökonomischen Zusammenhängen gebraucht und bezeichnet dann eine staatliche Haushaltspolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt über den Konjunkturzyklus ohne Neuverschuldung anstrebt.



Der vorstehende Text erschien in Nr. 5 des „Blättchens“; der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors, der auf Einladung des Freundeskreises Rosa Luxemburg am 7. Mai im Filmbüro Wismar zum Ukrainekonflikt sprechen wird.

Nelken zum Frauentag



Genossen der BO Friedenshof am Vorabend des internationalen Frauentages auf und um den Marktplatz in Wismar in Aktion

Vier Genossen der BO Friedenshof waren auch in diesem Jahr, einer langjährigen Tradition folgend, auf und um den Wismarer Marktplatz herum in Aktion. Insgesamt verteilten sie 300 Nelken an Frauen, die entweder ihrer Arbeit in den Geschäften nachgingen oder sich auf einem Einkaufsummel im Stadtzentrum befanden.

Häufig überrascht und doch in übergroßer Mehrzahl wurden die Blumen und die kleine Glückwunschkarte von Dietmar Bartsch (MdB) und Simone Oldenburg (MdL) freudig dankend entgegengenommen. Unter dem Motto "Frauen können mehr. Frauen haben mehr verdient." sind Schwerpunkte der politischen Arbeit der LINKEN zur tatsächlichen Gleichstellung der Frauen in unserer Gesellschaft auf dieser Karte skizziert.

In den kurzen Gesprächen bei der Blumenübergabe war zu erkennen, dass die Frauen gern diese Ehrung entgegen nehmen. Nicht selten wurde auf die Zeit in der DDR verwiesen, wo die Art und Weise der Gleichberechtigung von Mann und Frau, insbesondere auch im Arbeitsleben, positiv empfunden



wurde. Einige männliche Begleiter sind durch unser Erscheinen scheinbar noch rechtzeitig auf dieses Ereignis aufmerksam geworden.

Gedenken zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus



Der Stadtverband der Linken lädt die Bürger der Hansestadt am 08. Mai 2015 um 16.00 Uhr zu einer Veranstaltung am Sowjetischen Ehrenmal ein, um der Opfer der Anti-Hitler-Koalition und besonders der Sowjetunion und der Roten Armee im 2. Weltkrieg zu gedenken.

Wir sind darüber empört, dass die Bundesregierung zur Würdigung dieses Tages keine eigenen Veranstaltungen plant. Dagegen wird ab diesem Jahr den „Vertriebenen“ in Deutschland ein nationaler Gedenktag gewidmet.

Mit einem Informationsstand wollen Mitglieder des Stadtverbandes am 08. Mai ab 10.00 Uhr auf dem Wismarer Markt mit den Bürgern ins Gespräch kommen und auf die wachsende Kriegsgefahr in der Welt und in Europa aufmerksam machen. Das trifft besonders auf die Ukraine-Krise und die Verschärfung der Beziehungen zwischen den USA und Russland zu. Deeskalation und gegenseitiger Respekt – statt Aufrüstung und verbaler Drohungen sind gefragt. Das entspricht auch dem Vermächtnis der Befreiung vom Faschismus vor 70 Jahren: „Nie wieder Krieg“.

Unrechtsstaat – Wissenschaft gegen Ideologie

Am 23. März sprach Prof. Dr. Michael Brie in einer gut besuchten Veranstaltung des Freundeskreises Rosa Luxemburg im Wismarer TGZ zum Thema „Vom ‚Unrechtsstaat‘ und der Tragödie des Parteikommunismus“. Er konzentrierte sich vor allem auf den problematischen Begriff des „Unrechtsstaats“, der nach der Landtagswahl in Thüringen erneut die Gemüter erregt. Der Unrechtsstaatsbegriff, so Michael Brie, tauchte erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg in der alten Bundesrepublik auf. Fritz Bauer, ein aus der Emigration zurückgekehrter jüdischer Staatsanwalt charakterisierte damit – sehr zum Unwillen seiner schon unter Hitler im Amt gewesenen Kollegen – den Nazi-staat, weil dieser schon in seinem Programm große Teile des Volkes von der staatlichen Teilhabe ausschloss und dies mit der massenhaften Vernichtung jüdischer und anderer Bürger in blutiger Realität umsetzte. Ein Charakteristikum, das in der DDR weder programmatisch angestrebt, noch praktiziert wurde. Auch fehle es an einer wissenschaftlich haltbaren Definition dieses Begriffs, wie aus der Antwort des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages auf eine Anfrage der BT-Fraktion der LIN-

KEN hervorgehe. Michael Brie stellte klar, dass die DDR, auch in ihrem Selbstverständnis, natürlich kein Rechtsstaat im Sinne der dafür geltenden Kriterien gewesen sei, sondern ihre Staatordnung auf eine Diktatur, nämlich die des Proletariats, gründete. Aber auch nach den Regeln der formalen



Logik ließe sich daraus der inkriminierende Begriff nicht ableiten, wie er anhand des Wahrheitsgehalts der Behauptung, die Katze ist ein Mensch, veranschaulichte. Deren logischer Schluss ist natürlich, dass die Katze ein „Nicht“-Mensch, jedoch kein Unmensch ist. Aus den angeführten Tatsachen leitete der Referent ab, dass die Unrechtsstaatsvokabel in das Reich der Ideologie, nicht in das der Wissenschaft gehört. Als Intellektueller lehne er die Anwendung dieses Begriffs auf die DDR ab. Dass für das thüringische Regierungsbündnis im Interesse eines von weiten Teilen der Bevölke-

rung gewünschten politischen Neubeginns solche Zugeständnisse gemacht wurden, hielt Michael Brie aufgrund der vorausgegangenen Mitgliederbefragung für demokratisch legitimiert. In der sehr lebhaften Diskussion wurde die Meinung des Referenten zum „Unrechtsstaat“ durchweg untermauert. Daneben gab es auch einige kritische Meinungsäußerungen zur Rolle des Parteikommunismus, eine Thematik, die Michael Brie in seinem Vortrag zunächst zurückgestellt hatte. Er verwies darauf, dass das Konzept der Machteroberung und -bewahrung durch eine revolutionäre Minderheit eine lange Tradition hat: von Babeuf (Gemeinschaft der Gleichen), über Karl Marx (Diktatur des Proletariats) zu Lenin (Avantgarde-Partei). Mit dem Scheitern des auf diesem Konzept fußenden Realsozialismus stehe vor Sozialisten nun die Aufgabe, das große Ziel der "freien Assoziation" (Marx) und den Weg der Befreiung auf neue Weise und mit neuen Mitteln in Übereinstimmung zu bringen. Ohne eine gründliche Kritik des leninistischen Parteaufbaus, so ein Diskutant, brauche man künftig von Sozialismus nicht zu reden.

Lutz Tannhäuser

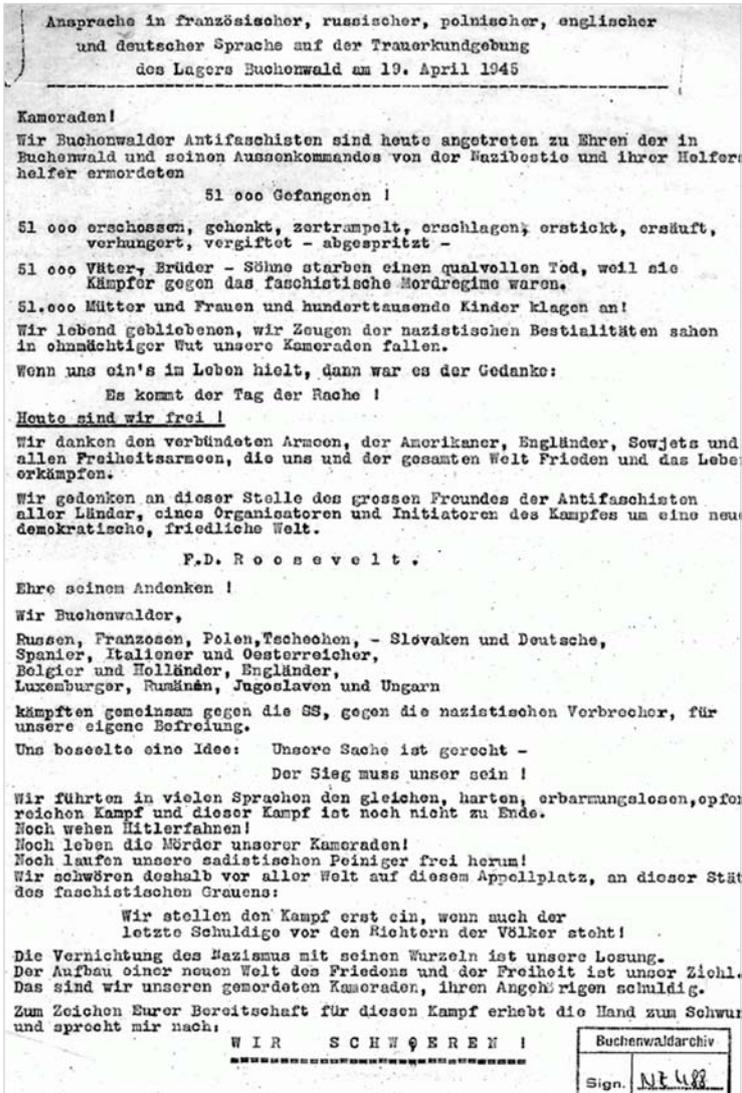
LINKE
WOCHE DER ZUKUNFT
23. bis 26. April 2015
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
80 Veranstaltungen
in vier Tagen
Alle Informationen
und Anmeldung auf
linke-woche-der-zukunft.de
Teilnahme kostenlos
DIE LINKE.

Der Schwur von Buchenwald

Am 19. April 1945 befreiten sich die Häftlinge des KZ Buchenwald mit Hilfe der anrückenden US Army. Noch am selben Tag versammelten sich die 21.000 Überlebenden zu einem letzten Appell auf dem Platz und schworen gemeinsam den "Schwur von Buchenwald", von dem vor allem der

letzte Absatz immer wieder zu Recht bis heute als Mahnung zitiert wird: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!"

Dies ist der Schwur:



70 Jahre sind seitdem vergangen, aber weder die Vernichtung des Nazismus noch eine Welt des Friedens und der Freiheit ist erreicht worden. In den letzten Jahren haben sowohl Rechtsextremismus als auch kriegerische Auseinandersetzungen in aller Welt in erschreckender Weise wieder zugenommen. Was den Rechtsextremismus betrifft, so brauchen wir nicht nur in anderen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, zu suchen. Auch in Deutschland gibt es dafür genügend Beispiele, von der Mordserie durch den NSU, über Anschläge auf Flüchtlingsheime, bis zu den Demonstrationen von PEGIDA. Und eine Welt des Friedens? Man kann gar nicht alle Kriege und Bürgerkriege aufzählen, in denen erbittert gekämpft, getötet und

vernichtet wird. Zunehmend mischt sich dabei auch die Bundesrepublik ein. Bundespräsident und Verteidigungsministerin fordern nicht nur noch mehr Waffenlieferungen, sondern auch den Einsatz der Bundeswehr in Krisengebieten. Seit 2014 gibt es Krieg auch wieder in Europa, in der Ukraine, in der Faschisten wichtige Machtpositionen übernehmen konnten, auch mit deutscher Unterstützung. Aber die bitteren Lehren des letzten Jahrhunderts aber auch der letzten Jahre zeigen, es wurde durch Kriege kein einziges Problem gelöst, sondern immer wieder neue Probleme geschaffen. Lasst uns dafür eintreten, dass der Schwur von Buchenwald ständige Mahnung bleibt!

Von Sonja Bahlk

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im März und April 2015 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unseren Genossen Alfred Appelt zum 92. Geburtstag sowie an Genossin Else Barz zum 89. Wiegenfest. Genossen Ernst Hahn gratulieren wir zum 88. und zum 84. gehen ganz herzliche Glückwünsche an den Genossen Lutz Tannhäuser. Auf 82 Lebensjahre blickt Genossin Anita Horn zurück. Glückwünsche zum 80. Geburtstag gehen an die Genossen Gottfried Schiller und Eberhard

Dettmann. Zum 60. gratulieren wir Genossin Marianne Schuldt und zum 55. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Genossin Ute Spriewald und Genossen Thomas Pagels. Ebenfalls herzliche Geburtstagsglückwünsche erhalten Genossin Iris Brincker zum 50. und Genosse Wilhelm Frehse zum 25.



Wir wünschen Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken Ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.

„Nenne dich nicht arm, wenn Deine Träume nicht in Erfüllung gegangen sind. Wirklich arm ist nur, der nie geträumt hat.“

Marie von Ebner Eschenbach



Im Mittelpunkt der Beratung der BO-Vorsitzenden am 28. März standen die aktuelle politische Lage, die Vorbereitung des Kreisparteitages, Hanseschau und Internationaler Frauentag, die Arbeit in den Geschäftsstellen, die Konzeption zur Sicherstellung der politischen Arbeit u.a.m.

Gemeinsam für tolerantes und friedliches Miteinander

Am 1. Mai 2015 startet wieder die Fahrradtour quer durch den Landkreis Nordwestmecklenburg nach Jamel.

11:00 Uhr in Gressow. Parkplätze sind vorhanden.

Hier findet auf dem Festplatz „Am Dorfanger“ das Familienfest statt.

Viele kleine Attraktionen, eine Hüpfburg, Ge-

schicklichkeitsspiele, Kinderschminken, Bastel- und Malstraßen sowie Bratwurst und Erbsensuppe werden dazu beitragen, dass der 1. Mai zu einem schönen Feiertag für kleine und große Nordwestmecklenburger wird.



Heraus zum 1. Mai

Treffpunkte:

Wismar: 09:30 Uhr; Wasserkunst
Proseken: 10:00 Uhr; Parkplatz
Grevesmühlen: 10:00 Uhr; Markt
Bad Kleinen: 08:30; Bahnhof

Wer nicht mit dem Rad unterwegs sein möchte, den erwarten wir um